

30. Mai 2016

Positionspapier der MilchviehhalterInnen
zum Milchgipfel von Bundesminister Christian Schmidt
am 30. Mai 2016

Die Milchviehhalter des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter verweisen auf die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz in Göhren-Lebbin und fordern ihre konsequente Umsetzung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Kurzfristig wirksame Ansätze zur Krisenlösungen müssen angesichts der äußerst prekären Situation der Milchviehhalter aktuell klar im Vordergrund stehen. Es gilt das Problem an der Wurzel zu packen, d.h. schnellstmöglich die EU-Milchmengen zu reduzieren, damit sich der Markt erholen kann. Wir sehen die Notwendigkeit europäischer Lösungen, denn nur diese versprechen auch die nötige globale Wirkung. Um eine breite Zustimmung auf europäischer Ebene zu erreichen, ist es nötig, dass vor allem die großen Milchnationen Frankreich und Deutschland vorangehen. Wir begrüßen, dass Frankreich und andere dazu bereit sind.

Die Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder haben in ihren Beschlüssen der Frühjahrsagrarministerkonferenz einen deutlichen und richtungsweisenden Weg vorgegeben. Wir, die aktiven Milchviehhalter, fordern, dass diese Beschlüsse jetzt von Bundesminister Christian Schmidt auf nationaler und europäischer Ebene umgehend und konsequent umgesetzt werden.

Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes fordern wir von Bundesminister Christian Schmidt:

- sich in Brüssel für die Verwendung der Mittel der Superabgabe¹ der letzten beiden Quotenjahre in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro für ein europäisches Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen
- sich dafür einzusetzen, dass dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion verbunden wird - die rechtliche Grundlage dafür ist in Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) schon geschaffen. Damit wird die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. verstärkt.
- umgehend die rechtlichen und vor allem die organisatorischen Parameter für die Umsetzung einer freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung zu erarbeiten

¹ Strafzahlungen der Milchviehhalter für das Überschreiten der zugeteilten Quotenmenge

Die mögliche Wirkung dieser freiwilligen Mengenrücknahme hängt entscheidend von der Höhe der Ausgleichsleistung ab. Um zu gewährleisten, dass eine entsprechende Entscheidung auf den Betrieben schnell fällt, muss die Entschädigung ein echter Anreiz sein, die Mengen zu reduzieren.

Bei 30 Cent je Kilogramm nicht gelieferter Milch ist dies der Fall. Für eine 3%ige Rücknahme der Milchanlieferung für 12 Monate entstünde auf EU-Ebene ein Finanzbedarf von 1,35 Milliarden Euro. Bei einer zeitlichen Befristung der Maßnahme auf 6 Monate könnten für diesen Zeitraum rechnerisch 6 % der Milchmenge reduziert werden. Eine Ausgleichsleistung von 30 Cent ist auch deshalb nötig, um diejenigen, die über einen bestimmten Zeitraum ihre Milchanlieferung reduzieren, beim zu erwartenden Anstieg der Marktpreise nicht schlechter zu stellen als ihre Kollegen, die ihre Milchproduktion nicht reduziert haben.

Wir unterstützen die Länderministerinnen und -minister auch in ihrem Vorstoß, eine zeitlich befristete Mengenbegrenzung verbindlich vorzugeben, wenn mit freiwilligen Maßnahmen nicht die nötige Marktentlastung erreicht werden kann. Wir erwarten, dass die entsprechenden Vorbereitungen dafür jetzt getroffen werden. Die Situation der Milchviehhalter lässt keinen weiteren Aufschub mehr zu!

Diese Krisenmaßnahmen müssen unabhängig davon, wie sich der Milchmarkt in den kommenden Monaten entwickelt, umgesetzt werden. Selbst dann, wenn es Zeichen einer Marktstabilisierung auf niedrigem Niveau geben sollte, muss die erforderliche Erholung des Marktes massiv durch eine gleichzeitige und koordinierte Marktentlastung befeuert und verstärkt werden, um eine schnelle Wirkung für die Milcherzeugerpreise zu gewährleisten.

Ablenkungsdiskussionen erteilen wir eine Absage! Angesichts der massiven finanziellen Verluste auf unseren Betrieben haben wir kein Verständnis dafür, wenn weiter auf Zeit gespielt wird. Zuviel steht auf dem Spiel für unsere Betriebe und die ländlichen Räume. Der bereits jetzt entstandene Schaden ist immens und schwächt auch die Milchviehbetriebe, die diese Krise überstehen, nachhaltig und auf lange Sicht.

Die Neugestaltung der Vertragsbeziehungen zwischen Molkereien und Milchviehhaltern ist eine mittel- und langfristige wichtige Aufgabe, die intensiv mit dem ganzen Berufsstand bearbeitet werden muss und nicht vor dem Hintergrund der Marktkrise übers Knie gebrochen werden darf. Die Diskussion von Vertragsmodellen, die nach übereinstimmender Ansicht nicht in der Lage sind, zur Lösung dieser Krise beizutragen, zum aktuellen Zeitpunkt in den Vordergrund zu stellen, werten wir als Ablenkungsdiskussion oder sogar als Versuch, die Milchviehhalter vor dem Hintergrund drückender Übermengen in neue Vertragslösungen zu drängen, die in erster Linie für die Molkereien, nicht aber für die Milchviehhalter vorteilhaft sind (Molkereiquoten). Neue Vertragslösungen sind notwendig, können aber nur dann zur wirtschaftlichen Stabilität der Milchviehhaltung und des Sektors beitragen, wenn sie gewährleisten, dass die Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter im

Vordergrund steht. Ein ausgeglichener Markt ist wichtige Voraussetzung für Vertragsverhandlungen auf Augenhöhe! Deshalb muss auch die Diskussion um die Ausgestaltung des zukünftigen Sicherheitsnetzes künftig engagiert weiter geführt werden.

Wir stellen uns jeden Tag aktiv den vielfältigen Herausforderungen, die unser Beruf mit sich bringt. Das erwarten wir auch vom Bundesminister und seinem Ministerium. Wir sind der festen Überzeugung, dass die aktuelle Krise ebenso wie weitere Krisen mit einem aktiven Handeln wirkungsvoll gemanagt werden kann. Wir sind bereit dazu!